

Innenminister überbrachte Förderbescheide

OB Weichel bedankt sich für 6,5 Millionen Euro aus der Städtebauförderung

Rund 6,5 Millionen Euro – Mit dieser stolzen Summe hat das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 die Stadt Kaiserslautern erneut im Rahmen der Städtebauförderung unterstützt. Egal ob bei der Revitalisierung des Pfaff-Areals, bei der Neugestaltung der Innenstadt oder aktuell bei den neu geplanten Stadtteil-Maßnahmen auf dem Einsiedlerhof und auf dem Fischerrück: Viele städtebaulichen Projekte wären ohne Städtebauförderung schlicht nicht umsetzbar. Das betonte Oberbürgermeister Klaus Weichel bei einem Kurzbesuch von Innenminister Roger Lewentz in Kaiserslautern.

Corona-bedingt unter vier Augen gab der OB dem Innenminister einen Überblick über den Umsetzungsstand der aktuell sechs durch die Städtebauförderung gestützten Projekte im Stadtgebiet. „Wir wollen Kaiserslautern dauerhaft als Standort attraktiv halten und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger immer weiter verbessern. Seit vielen Jahren schon ist die Städtebauförderung des Innenministeriums dabei eine entscheidende Stütze“, bedankte sich das Stadtoberhaupt für die erneute Unterstützung im Jahr 2020.

Bund und Länder stellen seit dem Jahr 1971 mit verschiedenen Programmen der Städtebauförderung finanzielle Mittel für Investitionen in die Erneuerung und Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden bereit. Die Städtebauförderung unterstützt die Kommunen bei der Bewältigung vieler Herausforderungen, die im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen, strukturellen und demographischen Wandel stehen, sowie bei der Entwicklung und Umnutzung von bisher brachliegenden Flächen. Auch wenn der Name Städtebauförderung es suggeriert: Gefördert werden nicht nur Neubauprojekte. Durch die Städtebauförderung abgedeckt sind auch Maßnahmen der Bestandspflege, also die erfolgreiche Erneuerung und Weiterentwicklung der baulichen Infrastruktur. Ebenso werden Maßnahmen



Arbeitsatmosphäre im Dienstzimmer: Innenminister Roger Lewentz und Oberbürgermeister Klaus Weichel

FOTO: PS

der sozialen Flankierung gefördert, etwa ein gezieltes Quartiersmanagement.

Die sechs aktuell durch die Städtebauförderung gestützten Projekte in Kaiserslautern mit den Zuwendungen im Jahr 2020:

KL-West (Pfaff). Programm: Wachstum und nachhaltige Entwicklung-Nachhaltige Stadt (Laufzeit: 2014-2030)

Der aktuelle Zuwendungsbetrag von 2,5 Millionen Euro im Jahr 2020 teilt sich vor allem auf Ordnungsmaßnahmen auf. Es werden auf verschiedenen Baufeldern Abrissmaßnahmen sowie Boden- und Altlastensanierungen durchgeführt. Weitere Mittel entfallen auf Projektsteuerung, Sanierungsberatung, Planung der Verkehrserschließung des Gebietes sowie die Sanierung des Neuen Kesselhauses.

Innenstadt-West. Programm: Sozialer Zusammenhalt - Soziale Stadt

(Laufzeit: 2001; 2006-2024)

Für das Jahr 2020 wurde ein Zuwendungsbetrag von 290.000 Euro beschlossen, der vor allem für Straßeneingestaltungen verwendet werden soll. Weitere Maßnahmen sind die Zuschüsse zu privaten Modernisierungsmaßnahmen sowie die Sanierungsberatung.

KL-Ost (Grüebälchen). Programm: Sozialer Zusammenhalt - Soziale Stadt (Laufzeit: 2014-2027)

Der letztjährige Zuwendungsbetrag von 225.000 Euro teilt sich auf die Weiterführung des Quartiersmanagements, Straßeneingestaltungen und die Bezuschussung zur Sanierung von städtischen Schichtwohnungen auf.

Aktive Innenstadt. Programm: Lebendige Zentren - Lebendige Stadt (Laufzeit: 2008-2021)

Der gesamte Zuwendungsbetrag 2020 beträgt 3.067.200 Euro (Maßnahme wird ausfinanziert). Wesentliche

Bestandteile sind die verkehrliche Neugestaltung der Stadtmitte mit der Neudefinition des Busbahnhofs und Straßeneingestaltungen. Ferner wird die Kaiserpfalz weiter gestaltet, so wurden Mittel für die Umsetzung des Projektes Serenadenhof beschieden. Weitere laufende Maßnahmen sind die Sanierungsberatung und Zuschüsse zu privaten Modernisierungsmaßnahmen.

KL-Nordwest. Programm: Sozialer Zusammenhalt - Soziale Stadt (Laufzeit: 2020-2031)

Der erste Zuwendungsbescheid des neuen Gebietes beträgt 200.000 Euro. Diese sollen vor allem zur Installation eines Quartiersmanagements mit Quartiersbüro(s) im Gebiet sowie als Anstoß für verschiedene Maßnahmen (Sanierungsbetreuung, Straßeneingestaltung, Aufwertung des Treppwegs, Umnutzung/Verkleinerung des Sportplatzes zu einem Mehrgenerationenpark und Ergänzung der Straßenbepflanzungen) genutzt werden.

KL-Einsiedlerhof. Programm: Sozialer Zusammenhalt - Soziale Stadt (Laufzeit: 2020-2031)

Auch für dieses Gebiet gab es 2020 den ersten Zuwendungsbescheid von 200.000 Euro. Die Mittel sollen unter anderem für den möglichen Ankauf einer frei werdenden Bahnfläche und der damit einhergehenden Planung zur Nutzung als öffentliche Freifläche genutzt werden. Weiterhin soll in die Planungen zum Umbau beziehungsweise Neubau des Bürgerhauses inklusive einer Freiflächengestaltung eingestiegen werden. Weitere Maßnahmen sind Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Barrierefreiheit in öffentlichen Bereichen, Aufwertung eines Spielplatzes, die Umgestaltung der Bahnunterführung sowie die Ausschilderung von Rad- und Wanderwegen. jps

Weitere Informationen:

Eine ausführliche Übersicht über die sechs Projekte finden alle Interessierte auf www.kaiserslautern.de im Bereich „Sozial, Leben, Wohnen“.

Bürgermeisterin nimmt erneut Anrufe entgegen

Zufrieden mit der Resonanz auf ihre erste Bürgersprechstunde in diesem Jahr bietet Bürgermeisterin Beate Kimmel am Mittwoch, 3. Februar, von 11 bis 12 Uhr einen weiteren Gesprächstermin an. „Gerne kann man mich dann wieder zu allen Themen aus meinem Zuständigkeitsbereich anrufen“, ermuntert sie die Bürgerinnen und Bürger zur telefonischen Kontaktaufnahme unter der Durchwahl 0631 3651020. Darüber hinaus könne das jeweilige Anliegen unter der E-Mail-Adresse buergermeisterin@kaiserslautern.de auch direkt an ihr Büro gesendet werden. Wie die Bürgermeisterin informiert, waren bei der vergangenen Sprechstunde einmal mehr häufigere Busverbindungen an Wochenenden und Feiertagen gewünscht. Des Weiteren ging es um die Pflege verschiedener Grünflächen sowie möglichen Lärm- und Sichtschutz. Auch das Aussehen rund um die Kaiserpfalz und fußgängerfreundliche Ampelschaltungen waren Themen der Bürgersprechstunde. jps

Digitale Lernangebote für Schülerinnen und Schüler

Wieder sind bedingt durch die Pandemie die Schulen geschlossen und Schülerinnen und Schüler müssen sich ihr Lernpensum in weiten Teilen digital und in Eigenregie aneignen. Das Bildungsbüro der Stadt möchte hierbei unterstützen. Auf der Website des Büros findet sich daher eine stetig wachsende Sammlung von Links, die zu digitalen Lern- und Informationsangeboten für Schülerinnen und Schüler führen. „Wir hoffen, damit das 'Homeschooling' für die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt und deren Eltern ein wenig erleichtert zu können“, so Bürgermeisterin Beate Kimmel zu dem Angebot. jps

Weitere Informationen:

www.kaiserslautern.de

Lieferengpass beim Impfstoff

Der Lieferengpass beim Impfstoff gegen das SARS-2-Corona-Virus hat auch Auswirkungen auf Kaiserslautern. Wie Landes-Impfkoordinator Alexander vergangene Woche mitteilte, kann das Land Rheinland-Pfalz bis Mitte Februar fast 30.000 Dosen weniger ausliefern als erwartet. Für die Impfzentren wurde daher landesweit festgelegt, dass alle Erstimpfungen ab dem 27. Januar storniert und um drei Wochen nach hinten verlegt werden. Das bedeutet, dass ab dem 27. Januar auch im Impfzentrum Kaiserslautern für drei Wochen nur Zweitimpfungen der Personen durchgeführt werden, die ihre erste Impfdosis bereits erhalten haben. Da die Terminvergabe vollständig vom Land koordiniert wird, werden alle Betroffenen auch vom Land persönlich benachrichtigt. Bislang läuft der Betrieb im Impfzentrum Kaiserslautern reibungslos. Nachgebessert wurde inzwischen die Beschilderung des Impfzentrums und der Parkplätze. Außerdem wurde die Zahl der Rollstühle und Liegen erhöht, um Menschen, die nicht mehr gut zu Fuß sind, noch besser zu unterstützen. jps

IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Kaiserslautern
Redaktion Pressestelle: Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Charlotte Lisador, Sandra Zehle, Sandra Janik-Sawetzi, Nadin Robarge, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: amtsblatt@kaiserslautern.de
Die Beiträge der Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG
Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern: Stephanie Walter, Tel. 06321 90913, E-Mail: amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de
Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen
Verteilung: PVG Ludwigshafen, E-Mail: zustellinformation@suewe.de oder Tel. 0631 3737-260. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus sowie im Bürgercenter abgeholt werden.

Veränderte Maskenpflicht gilt auch im Rathaus

Die in Rheinland-Pfalz geltende neue Maskenpflicht gilt auch in den Gebäuden der Stadtverwaltung Kaiserslautern. Bund und Länder haben sich im MPK-Beschluss vom 19. Januar auf eine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken in Geschäften sowie öffentlichen Verkehrsmitteln verständigt.

In Rheinland-Pfalz gilt diese erweiterte Maskenpflicht unter anderem in Ämtern, Behörden, Verwaltungen und ähnlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr, in gewerblichen Einrichtungen wie Einzelhandel für Lebensmittel, Drogeriemärkten, Tankstellen, Banken und Sparkassen und ähnlichem, an Haltestellen, Bahnsteigen oder Einrichtungen der Fluggastabfertigung, bei Gottesdiensten in geschlossenen Räumen sowie bei zugelassenen Angeboten von Fahrschulen. Unter medizinischen Masken sind sogenannte OP-Masken oder eine Maske der Standards KN95/N95 oder FFP2 zu verstehen. jps

Fastnachtmarkt 2021 abgesagt

Die Verantwortlichen von Stadt Kaiserslautern und dem Schaustellerverband haben entschieden, den Fastnachtmarkt 2021 abzusagen. Hintergrund ist die in der Bund-Länder-Konferenz am Dienstag beschlossene Verlängerung des Shutdowns bis zum 14. Februar 2021. jps

Mayors for Peace begrüßen Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages

Flaggenhissung am Kaiserslauterer Rathaus



OB Klaus Weichel mit der Mayors-for-Peace-Flagge

FOTO: PS

Am 22. Januar 2021 ist der von den Vereinten Nationen im Jahr 2017 verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. Atomwaffen sind ab jetzt völkerrechtlich geächtet und verboten. Die Organisation Mayors for Peace, ein von Hiroshima geführtes, weltweites Städtebündnis mit rund 8.000 Mitgliedern, darunter 700 Städte in Deutschland, begrüßt das Inkrafttreten des Vertrages. Denn Städte mit ihrer wichtigen Infrastruktur und einer hohen Bevölkerungszahl gelten nach wie vor als vorrangige Ziele im Falle eines nuklearen Angriffes. Als Zeichen ihrer Unterstützung für dieses besondere Ereignis haben etliche deutsche Mitgliedsstädte am 22. Januar die Mayors-for-Peace-Flagge gehisst – so auch Kaiserslautern.

„Als Mitglied der Mayors for Peace begrüßen wir ausdrücklich das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zu Global Zero, einer Welt ohne Atomwaffen. Denn die humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen sind katastrophal. Wir brauchen jetzt eine neue Debatte über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine friedliche und sichere Zukunft lässt sich nur in einer Welt ohne Atomwaffen gestalten“, so Oberbürgermeister Klaus Weichel. Der Vertrag über das Verbot von

Kernwaffen (TPNW) wurde von den Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen, am 20. September wurde er zur Unterschrift freigegeben. Nach der am 24. Oktober 2020 erfolgten 50. Ratifizierung trat der Vertrag gemäß seinem Artikel 15 (1) am 22. Januar 2021 in Kraft. Mit Stand 8. Januar haben ihn 51 Staaten ratifiziert, 86 unterzeichnet. Die Atommächte sind dem Vertrag nicht beigetreten. Auch Deutschland ist nicht dabei.

In dem völkerrechtlich bindenden Vertrag verpflichten sich die Unter-

zeichnenden, „nie, unter keinen Umständen“ Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen oder zu lagern. Darüber hinaus verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, Personen, die von Kernwaffentests oder -einsätzen betroffen sind, umfassende Hilfe zu leisten und geeignete Maßnahmen zur Umweltsanierung der kontaminierten Gebiete in ihrem Hoheitsgebiet zu ergreifen. Auch nach Inkrafttreten des Vertrages ist ein Beitritt weiterer Staaten möglich.

Der zivilgesellschaftlich auf den

Weg gebrachte Vertrag geht auf die Aktivitäten der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zurück, die 2017 den Friedensnobelpreis erhielt. Die Mayors for Peace sind eine der rund 500 Partnerorganisationen von ICAN. jps

Weitere Informationen:

Weitere Infos und den Originaltext des Vertrages finden Interessierte unter: <https://www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/tpnw/>

Wer sind die Mayors for Peace?

Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Das weltweite Städtenetzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein, greift aber auch aktuelle Themen auf, um Wege für ein friedvolles Miteinander zu diskutieren. Mehr als 8.000 Städte gehören dem Netzwerk an, darunter 700 Städte in Deutschland. jps

Weitere Informationen:

www.mayorsforpeace.de

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung
Anmeldung von Kindern an der Grundschule, die nach dem 31. August 2021 ihr sechstes Lebensjahr vollenden
Kinder, die ab dem kommenden Schuljahr 2021 / 2022 die Grundschule besuchen wollen, können angemeldet werden, wenn auf Grund ihrer Entwicklung zu erwarten ist, dass sie mit Erfolg am Unterricht teilnehmen werden.
Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit der Schulärztin oder dem Schularzt. In die Entscheidungsfindung soll, mit Zustimmung der Eltern, die Kindertagesstätte einbezogen werden.
Hierbei handelt es sich um Kinder, die
nach dem 31. August 2021 ihr sechstes Lebensjahr vollenden
(frühere Kann- Kinder) und somit nicht schulpflichtig sind.
Die Anmeldung findet für alle Grundschulen in der Zeit vom
01. Februar 2021 bis 12. Februar 2021
statt. Bitte vereinbaren Sie mit Ihrer zuständigen Grundschule telefonisch einen Termin (https://www.kaiserslautern.de/arbeit_bildung_wissenschaft/bildung/schulen/grundschulen/index.html.de).
Bei der Anmeldung ist ein Geburtsschein, die Geburtsurkunde des Kindes oder das Familienstammbuch vorzulegen. Bitte legen Sie auch die Bestätigung der Kindertagesstätte und einen Nachweis über einen bestehenden Masernschutz vor! Die Anwesenheit des Kindes ist erwünscht!
Weitere Auskünfte erteilt das Referat Schulen der Stadtverwaltung unter der Rufnummer 0631 365-1400.
Stadtverwaltung Kaiserslautern In Vertretung
gez. Beate Kimmel Bürgermeisterin

Bekanntmachung
Am Montag, 01.02.2021, 15:00 Uhr findet in der Fruchthalle, Fruchthallstraße 10, 67655 Kaiserslautern eine Sitzung des Stadtrates statt.
T a g e s o r d n u n g:
Öffentlicher Teil
1. Verpflichtung eines Ratsmitglieds
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Expertenanhörung zum Bebauungsentwurf Alex-Müller-Straße, Teiländerung 7 (gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FWG)
4. Bebauungsplanentwurf Alex-Müller-Straße, Teiländerung 7 (Antrag der CDU Fraktion)
5. Expertenanhörung zum Bebauungsplanentwurf Morlauterer Str. - Am Abendsberg - Lauterstr. - Rudolf-Diesel-Str. (gemeinsamer Antrag der CDU, DIE GRÜNEN und FWG)
6. Bebauungsplanentwurf Morlauterer Str. - Am Abendsberg - Lauterstr. - Rudolf-Diesel-Str. (Antrag der CDU Fraktion)
7. Raumluftfilteranlagen für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Kaiserslautern
8. Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes
9. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2021 gemäß § 100 Abs. 1 GemO - Impfzentrum Kaiserslautern
10. Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2021 gemäß § 100 Abs. 1 GemO; Teilhaushalt 7 Recht und Ordnung
11. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt 2021 gemäß § 100 Abs. 1 GemO; Kostenträger 26302 (BgA Emmerich-Smola-Musikschule)
12. Entscheidung über die Annahme von Spenden und Sponsoringleistungen nach § 94 Abs. 3 GemO
13. Bebauungsplanentwurf „Gewerbegebiet Rotenberg, Teilbereich Mainzer Straße - Hertelsbrunnen - Zum Eselsbachtal“, Änderung der planungsrechtlichen Festsetzungen (Beschlussfassung über die Aufstellung bzw. Teiländerung eines Bebauungsplans sowie die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung)
14. Neubau einer fünfgruppigen Kita „Bahnheim“ der Lebenshilfe Westpfalz e.V.; Finanzierungsvarianten für den Grunderwerb
15. Richtlinien der Stadt Kaiserslautern zur Förderung der Jugendarbeit
16. Anschluss- u. Benutzungszwang in Kaufverträgen für das Pfaffgelände

17. Änderung in Ausschüssen und anderen Gremien
18. Regelmäßiger Sachstandsbericht „Corona“ (vorsorglich)
19. Regelmäßiger Bericht zur Digitalisierung (vorsorglich)
20. Regelmäßiger Bericht über die Entwicklung des Pfaffgeländes (vorsorglich)
21. Erstellung eines Digitalreferates (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
22. Anschlusszwang grüne Fernwärme im Gewerbegebiet Nord-Ost, Erweiterung 2, Teil A (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
23. Mitgliedschaft im Mountainbikepark Pfälzerwald e.V. (Antrag der FDP-Fraktion)
24. Sperrung der Durchfahrt für den Schwerlastverkehr im Rauschenweg (Antrag der SPD-Fraktion)
25. Digitale Ratssitzungen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)
26. Zwangsräumungen stoppen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)
27. Verkehrskonzept für den Einsiedlerhof (gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FWG)
28. Durchführung von Wahlen in der Corona-Pandemie (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
29. Erhöhung des Erfrischungsgeldes für Wahlhelferinnen und Wahlhelfer (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)
30. Gestaltungssatzung Schillerplatz (Antrag FDP-Fraktion)
31. Kerosinablass (Antrag der Fraktion FDP)
32. Mitteilungen
33. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil
1. monte mare - Zahlungen
2. Stadtteil Morlautern, Einvernehmen nach § 36 BauGB für eine Maßnahme der Stadtentwässerung Kaiserslautern AöR
3. Einvernehmen nach § 36 BauGB für eine Maßnahme der Stadtentwässerung Kaiserslautern AöR
4. Teilflächenverkauf in der Gemarkung Kaiserslautern zur Anlage eines Regenrückhaltebeckens (RRB)
5. Grunderwerb im Bereich Hertelsbrunnen
6. Erwerb eines forstwirtschaftlichen Grundstücks in der Gemarkung Mölschbach
7. Auftragsvergabe - Referat Gebäudewirtschaft, Rahmenvertrag für Sanitärleistungen im Bereich städt. Wohnungen 2021 - 2025
8. Auftragsvergabe - Projekt Bachbahnradweg, AP1, Ertüchtigung Lautertalradweg
9. Auftragsvergabe - Ausbau der Mozart- und Luxstraße, Verkehrswegebauarbeiten
10. Mitteilungen
11. Anfragen
gez. Dr. Klaus Weichel Oberbürgermeister
Hinweis: Aus Gründen des Gesundheitsschutzes stehen nur begrenzte Kapazitäten für die Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bekanntmachung
Am Mittwoch, 03.02.2021, 16:00 Uhr findet in der Fruchthalle, Fruchthallstraße 10, 67655 Kaiserslautern eine öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt.
T a g e s o r d n u n g:
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Anhörung des JHA gem. § 71 Abs. 3, Satz 2 SGB VIII zur Berufung der Leitung des Jugendamtes
3. Kommunale Zuschussbeteiligung am Förderprojekt „Politisch bilden – Demokratie erfahren- Jugend(sozialarbeit) vernetzen“ der AWO Südwest gGmbH.
4. Ausschreibung Kita- Sozialarbeit
5. Kommunale Zuschussbeteiligung an Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft
6. Ersatzneubau der Kath. Kita St. Norbert, Am Heiligenhäuschen 47

7. Neubau einer fünfgruppigen Kita „Bahnheim“ der Lebenshilfe Westpfalz e.V.
8. Personalsituation städtische Kitas
9. Mitteilungen
10. Anfragen
In Vertretung gez. Dr. Johannes Barrot stellvertretender Vorsitzender

Stellenausschreibung
Bekanntmachung
Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr Referat Organisationsmanagement, Abteilung Ratsverwaltung / Zentrale Dienste / Servicecenter , zum nächstmöglichen Zeitpunkt
eine Sachbearbeiterin bzw. einen Sachbearbeiter (m/w/d) in Vollzeit.
Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet.
Die Bezahlung richtet sich im Beschäftigtenbereich nach der Entgeltgruppe 9b TVöD und im Beamtenbereich nach der Besoldungsgruppe A 10 LBesG.
Den kompletten Ausschreibungstext (Ausschreibungskennziffer: 225.20.10.026) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter www.kaiserslautern.de/karriere .
Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.
Dr. Klaus Weichel Oberbürgermeister

Stellenausschreibung
Bekanntmachung
Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr Referat Gebäudewirtschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt
zwei Prüferinnen bzw. Prüfer (m/w/d) von elektrischen Anlagen und Geräten nach DIN VDE 0105, 0113 und 0701/0702
in Vollzeit.
Die Stellenbesetzungen erfolgen unbefristet.
Die Bezahlung richtet sich nach der Entgeltgruppe 6 TVöD.
Den kompletten Ausschreibungstext (Ausschreibungskennziffer: 198.20.65.249+250) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter www.kaiserslautern.de/karriere .
Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.
Dr. Klaus Weichel Oberbürgermeister

Stellenausschreibung
Bekanntmachung
Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr Referat Gebäudewirtschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt
eine Technikerin bzw. einen Techniker der Fachrichtung Elektrotechnik (w/m/d).
Die Stellenbesetzung erfolgt befristet auf die Dauer des vorübergehenden Bedarfs zur Umsetzung der Forderungen der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung Vorschrift 3 Elektrische Anlagen und Betriebsmittel (DGUV V3) sowie der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV), längstens bis zum 30.06.2025.
Die Bezahlung richtet sich nach der Entgeltgruppe 9b TVöD.
Den kompletten Ausschreibungstext (Ausschreibungskennziffer: 199.20.65.248a) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter www.kaiserslautern.de/karriere .
Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.
Dr. Klaus Weichel Oberbürgermeister

NICHTAMTLICHER TEIL

Mikrozensus: Über 20.000 Haushalte werden befragt

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz

Deutschland. Mehr als 100 Interviewerinnen und Interviewer werden das ganze Jahr 2021 über in Rheinland-Pfalz über 20.000 Haushalte befragen. Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgen die Befragungen bis auf Weiteres nur telefonisch. Wie bei der sonst üblichen persönlichen Befragung melden sich die Interviewerinnen und Interviewer schriftlich bei den Haushal-

ten an und bitten um einen Rückruf zur Vereinbarung eines Interview-Termins. Alternativ besteht die Möglichkeit, online oder schriftlich Auskunft zu erteilen. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt, intensiv geschult und auf die Geheimhaltung verpflichtet. Unter www.mikrozensus.rlp.de/methode/ gibt es Informationen darüber, in welchen

Gemeinden des Landes wann Befragungen stattfinden werden. Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Marcel Hürter, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzerinnen und Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessier-

ten Öffentlichkeit bereitgestellt werden können. **Der Mikrozensus ...** • ist eine so genannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Adressen ausgewählt werden. • befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, bis zu vier Mal innerhalb von fünf

aufeinander folgenden Jahren. • ist eine Erhebung mit gesetzlich verankerter Auskunftspflicht. • wird durch ehrenamtlich tätige Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind und die Befragung bei den Haushalten schriftlich ankündigen. |ps

NICHTAMTLICHER TEIL

FRAKTIONSBEITRÄGE

Raumluftfilteranlagen

Wieder an unseren Kindern gespart

Fraktion im Stadtrat
CDU

Um die Belastung der Raumluft in Schulen bei einer möglichen Corona-Infektion so gering wie möglich zu halten, müssen an Schulen alle 20 Minuten die Fenster zum Lüften geöffnet werden. Eine große Belastung für Schüler und Lehrer, durch die ständige Störung des Lernbetriebs und die Kälte.

„Da der Stadtrat sich über die Schwierigkeiten dieses Vorgehens bewusst ist, wurde bereits am 2. November durch den Stadtrat beschlossen, dass Luftfilteranlagen in den Klassenräumen aufgestellt werden sollen“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Manfred Schulz.

Oberbürgermeister Klaus Weichel (SPD) hat den Stadtratsbeschluss nun eigenmächtig ausgesetzt. Es sollen nur für 30 Klassenräume, in denen die Fenster gar nicht geöffnet werden können, Filteranlagen kommen, die das Land bezahlt. „Das ist untragbar“, empört sich Schulz. „Hier wird wieder an unseren Kindern gespart. In anderen Kommunen wie in Mainz und Pirmasens hat man auch Lösungen zum Wohle unserer Kinder finden können und ist viel weiter darin, unsere Schulen zu schützen. Nur in Kaiserslautern zeigt sich der Oberbürgermeister wieder unkreativ und unflexibel und benachteiligt hierdurch unseren



Manfred Schulz

FOTO: EWA WEIMER

Nachwuchs. Gerade kleinere Kinder sind noch extrem kälteempfindlich. Das ständige Lüften stört den Unterricht und die Konzentration, die Grundschüler noch erlernen müssen. Dies ist anstrengend für die Schüler und Lehrkräfte und behindert das Erlernen der so wichtigen Grundlagen für das spätere Leben“, so Schulz weiter.

Uns ist bewusst, dass die Stadt aufgrund ihrer Haushaltssituation zu einem sparsamen Wirtschaften angehalten ist. Deshalb verlangen wir ja auch seit Jahr und Tag eine bessere Finanzausstattung durch das Land. Die Gesundheit der Lehrer, Sozialarbeiter und Schüler müsse mehr in den

Fokus rücken. Zudem seien Lüftungsanlagen eine Investition in die Zukunft, weil Krankheitserreger aller Art abgewehrt werden und niemand weiß, wie lange wir noch in der Pandemie leben müssen. „Es gibt auch günstige Lüftungsanlagen und kreative Lösungen. Nur der Wille die Probleme anzugehen, fehlt beim Stadtvorstand wie so oft“, meint Schulz. Wir fordern deshalb, dass in allen Räumen Raumluftfilteranlagen installiert werden, die die Schulleitungen für notwendig erachten.

„Vor allem die Grundschulen sollten hier im Fokus stehen. Die Verwaltung hat versucht, den Einbau solcher Anlagen schon dadurch abzuwehren, dass die Abfrage um den Bedarf an den Schulen zu ermitteln, schon nur auf Räume ohne Fenster abzielte. Manfred Schulz ist erbozt: „Dies geht deutlich gegen den Beschluss und die Absichten des Stadtrats. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung entgegen den Vorgaben des Stadtrats agiert und sich verselbstständigt, um eigenwillige Ziele zu verfolgen.“ Die Vorgaben des Landes für die Förderung der Lüftungsanlagen sind zudem nicht zum Besten der Kinder. „Hier versucht das Land wieder nach dem Minimalprinzip Geld zu sparen und nur das Nötigste zu tun.

Ausbaden müssen das die Schulen und letztlich auch die Familien, wenn man hierdurch auch verhindert, frühzeitig zu einem Regelbetrieb der Schulen zurückkehren zu können“, meint Schulz abschließend.

Rauschenweg entlasten!

SPD-Fraktion beantragt Sperrung für Schwerlastverkehr

Fraktion im Stadtrat
SPD

Seit Jahren steigt der Schwerlastverkehr im Rauschenweg in Kaiserslautern. „Die Straße ist eine sowieso schon durch den PKW-Verkehr stark befahrene Route“, weiß Stadtratsmitglied Jörg Harz. „Doch insbesondere der Durchgangsverkehr von und zur B270 Richtung Pirmasens, die Anlieferung in das Wasgau-Einkaufszentrum, den Toom-Baumarkt und zur ACO-Guss GmbH, belasten die Anwohnenden zusätzlich mit Lärm, Abgasen und Erschütterungen.“ Die SPD-Stadtratsfraktion will den Bürgerinnen und Bürger in diesem Gebiet nun so viel Entlastung wie möglich verschaffen.

„Wir haben deshalb für die nächste Stadtratssitzung beantragt, die Sperrung des Rauschenwegs für den Schwerlastverkehr zu überprüfen“, berichtet der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Rahm. Nicht nur die Gesundheit der Anwohner wird hier extrem gefährdet, auch die Gebäude und Versorgungsleitungen in der Straße nehmen Schaden.

Dies lässt sich durch zwei Rohrbrüche unter dem Straßenkörper in den letzten drei Jahren und deutliche Risse in den Häusern entlang des Rauschenwegs belegen. Eine alternative Route hat die SPD-Stadtratsfraktion ebenso vorgeschlagen: Der Schwerlastverkehr könnte in beiden Richtungen



Jörg Harz (li.) und Andreas Rahm vor Ort

gen über die Brandenburger-/Hohen-ecker Straße geführt werden. „Wir sind der Meinung, dieser Umweg von zirka einem Kilometer ist dem Schwerlastverkehr zuzumuten. Wir erwarten von der Maßnahme eine ganz erhebliche Entlastung für die Menschen auf dem Bännjerrück und hoffen, dass die Fraktionen im Stadt-

rat unserer Beschlussempfehlung folgen, die Stadtverwaltung zu beauftragen, bei der Straßenverkehrsbehörde eine Prüfung zu veranlassen, ob der Rauschenweg für den Schwerlastverkehr gesperrt werden kann. Ausgenommen sind der ÖPNV und Anlieger, die Geschäfte im Rauschenweg beliefern.



Viel Verkehr im Rauschenweg, aber große Probleme verursacht der Schwerlastverkehr

FOTOS (2): RÖDLER

„Grüne“ Fernwärme für das Gewerbegebiet

Wirtschaft und Umwelt zusammen denken!

Fraktion im Stadtrat
GRÜNE

15 Prozent des privaten CO2-Ausstoßes stammen vom Heizen unserer Wohnungen. In Zeiten der globalen Erderwärmung ein fataler Fehler, wo es doch auch emissionsärmere Alternativen gibt. Deshalb haben wir für die nächste Stadtratssitzung einen Antrag eingereicht, der vorsieht, dass neu erworbene Grundstücke in der Erweiterung des Gewerbegebiets Nord-Ost direkt an die grüne Fernwärme der SWK angeschlossen werden.

Der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Nord-Ost, Erweiterung 2, Teil A, ermöglicht die Ansiedlung kleiner und mittelständiger Unternehmen in Kaiserslautern. Um neben diesem wirtschaftlichen Erfolg die Zukunftsfähigkeit nicht zu vernachlässigen, ist eine nachhaltige Planung der neuen Gebäude unabdingbar. Deswegen wäre ein Anschluss an das Fernwärmenetz der SWK ein sinnvoller und wichtiger Schritt.

Die grüne Fernwärme wird durch die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslauterns (ZAK) produziert. „Grün“ wird die Fernwärme dadurch, da sie aus regenerativen Brennstoffen – also nachhaltig – gewonnen wird. In einem Biomasse-Heizkraftwerk und einem Heizkessel werden Altholz vom Wertstoffhof, aus der Sperrabfallsammlung und aus Industrie und Baugewer-



Ein Anschluss an das Fernwärmenetz der SWK wäre ein sinnvoller und wichtiger Schritt

FOTO: PIXABAY/WILHEI

be sowie holzige Bestandteile aus dem Bioabfall, aber auch Bio- und Deponiegas thermisch verwertet, wodurch Wärmeenergie und Strom entstehen. Der Strom wird wie bisher in das Netz der SWK eingespeist. Zusätzlich wird seit 2015 die Wärmeenergie ebenso an die SWK weitergeleitet. Dadurch kann diese durch ein spezielles Rohrsystem zahlreiche Haushalte mit Wärme versorgen, wobei Wasser hier als Wärmeträger fungiert. Private Heizöl- oder Erdgasbeschaffung sowie Heizungswartung sind in diesem Fall nicht mehr nötig.

Die ZAK ist durch die Nutzung ihrer so produzierten Energie mehr als CO2-neutral geworden. Die ZAK hat

bei Betrachtung des Gesamtbetriebs eine positive Klimawirkung von rund 18.000 Tonnen CO2 – Äquivalenten.

ZAK-Vorstand Jan Deubig wirbt für einen weiteren Anschluss von Abnehmern grüner Fernwärme an das Netz der SWK und fordert gleichzeitig aber auch den weiteren Zubau von Anlagen, die aus biogenen Energieträgern grüne Fernwärme erzeugen können: „Die Nutzung biogener Reststoffe als Energieträger ist für die Wärme- und Energiewende zwingend erforderlich, aber auch einfach und ohne Einschränkungen oder Nachteile für die Verbraucher zu realisieren. Bei der Erzeugung grüner Fernwärme und grünen Stroms wird bei der ZAK nur soviel CO2 freigesetzt wie die zur Energiegewinnung eingesetzten Pflanzen während ihres Wachstums gebunden hat.“

Deubig sieht weiter gerade bei der Schaffung weiterer Erzeugungskapazitäten grüner Energien die kommunalen Unternehmen und Entscheidungsträger in einer großen Verantwortung und beschreibt diese als neue Facette der kommunalen Daseinsvorsorge.

Insgesamt spart das Einsetzen dieser Technik bereits 56300 Tonnen CO2 ein – mit Potential nach oben, beispielsweise durch den Bau zusätzlicher Kraftwerke oder der Verwendung weiterer Brennstoffe. Um unsere Klimaziele zu erreichen und unsere Emissionen zu reduzieren, ist die Nutzung dieser Wärmezufuhr von höchster Bedeutung.

Fraktion im Stadtrat
AFD

Diese Zeiten sind frostig, in jeder Hinsicht. Auch wenn das kalte Wetter nicht jedem behagt, so hat eine weiße Winterlandschaft doch etwas Faszinierendes und normalerweise Beruhigendes. Durch die coronabedingten Einschränkungen nimmt vieles im Außen sowie einen ruhigeren Verlauf. Aber es fällt sehr schwer, auch innere Ruhe zu finden. Dafür sind zu viele Themen rund um die Pandemie präsent, die diskutiert werden und be-

Aber keinesfalls zwingen!

troffen machen, oft persönlich. Hierzu gehört allein schon die Angst vor Arbeitslosigkeit. Es stehen uns sicher noch harte Wochen und Monate bevor, die für viele viel Unsicherheit bedeuten.

Ein Lichtblick neben dem noch weit entfernten Frühling ist das flächendeckende Impfen, das hoffentlich bald richtig an Fahrt aufnehmen wird. Eine Möglichkeit, wieder an einen normalen Alltag zu denken, an Arbeiten und Leben ohne Zukunftsängste, an normalen Unterricht an den Schulen, an Feiern, Feste und öffentliches Leben, das ist momentan das Impfen. Es ist die eine Chance, möglichst schnell

wieder unsere Grundrechte ohne Einschränkungen zurück zu bekommen. Die AFD-Fraktion Kaiserslautern stellt jedoch klar: Einen Impfzwang dürfen wir nicht zulassen! Ihr Vorsitzender Dirk Bisanz hat hierzu eine eindeutige Auffassung: „Ohne die Impfungen wird ein Ende des Lockdowns noch lange auf sich warten lassen. Doch einen Zwang – eventuell durch die Hintertür mit Privilegien für Geimpfte – das darf es nicht geben und das wird die AFD auch nicht zulassen. Es gibt Menschen, die sich aus guten Gründen nicht impfen wollen oder können. Deren Rechte gilt es genauso zu schützen wie die der Impfwilligen.“

WEITERE MELDUNGEN

Anträge auf Schülerbeförderung und Lernmittelfreiheit

Wichtiger Hinweis auf Onlineangebot

Anträge auf Übernahme von Schülerfahrtkosten und Anträge auf Lernmittelfreiheit (unentgeltliche Schulbuchausleihe) können online gestellt werden. Die Anträge sind unter www.kaiserslautern.de/schuelerbefoerderung und www.kaiserslautern.de/schulbuchausleihe zu finden. Das Referat Schulen weist aus-

drücklich darauf hin, dass in jedem Fall für das Schuljahr 2021/2022 bis 15. März 2021 ein neuer Antrag auf Lernmittelfreiheit gestellt beziehungsweise eine Anmeldung und Bestellung für die entgeltliche Schulbuchausleihe im Portal für die Lernmittelfreiheit (LMF-Portal) vorgenommen werden muss. Die Anmeldecodes für

die entgeltliche Schulbuchausleihe werden im Mai 2021 von den Schulen ausgestellt. |ps

Weitere Informationen:

<https://www.kaiserslautern.de/serviceportal/dl/031998/index.html> de



UNION-Studio: Höchst ausgezeichnetes Kino im Land

Bürgermeisterin überbringt Glückwünsche



Bürgermeisterin Beate Kimmel (l.) mit Stefan Sprengart und Ursula Simgen-Buch

FOTO: PS

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde es immer wieder verschoben, nun hat es aber in kleinstem Rahmen doch geklappt: Bürgermeisterin Beate Kimmel nutzte einen Außentermin, um bei den Verantwortlichen des UNION-Studios vorbeizuschauen. „Es war und ist mir ein Anliegen, Ihnen zu den im letzten Herbst gewonnenen Auszeichnungen bei der Verleihung des Kinoprogrammpreises Rheinland-Pfalz 2020 auch persönlich zu gratulieren“, so die Kulturdezernentin zu Ursula Simgen-Buch und Stefan Sprengart. Es freue sie sehr, dass das am höchsten ausgezeichnete Programmkino des Landes der Kulturszene Kaiserslauterns angehöre. Das UNION-Studio für Filmkunst gewann einen der drei Hauptpreise in der Kategorie „Herausragendes kulturelles Filmprogramm“. Weitere Auszeichnungen gab es für die Lautrer in der Sparte „Kinder- und Jugendfilm“ sowie der Kategorie „Kurzfilm“. Die Verleihung des Kinoprogrammpreises nahm Kultusminister Konrad Wolf coronabedingt einzeln in seinen Räumlichkeiten vor.

Trotz des schönen Anlasses war das beherrschende Thema des Besu-

ches allerdings die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Kunst- und Kulturszene Kaiserslauterns. „Ohne die fantastische Hilfe der verschiedensten Seiten wäre ein Durchhalten in diesen ungewissen Zeiten für uns noch schwieriger“, bedankte sich Ursula Simgen-Buch bei ihren zahllosen Unterstützerinnen und Unterstützern. So hätte sie das Publikum bisher gut aufgefangen, kaufe Tickets für Geis-
tervorstellungen oder Gutscheine. Von einer Spenderin seien sogar Masken zu Gunsten des UNION verkauft worden. „Dazu erhalten wir immer wieder Rückmeldungen und Mut machende Botschaften, die uns vereinzelt sogar im Betreff von Überweisungsträgern erreichen“, ergänzte Stefan Sprengart. Kulturdezernentin Beate Kimmel freute sich über das unermüdliche Engagement in und aus der Lautrer Kulturszene, die derzeit viel aushalten müsse. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die von Thomas Brenner konzipierte Ausstellung „Kultur bleibt“, die derzeit im öffentlichen Raum das reiche Kunst- und Kulturangebot der Stadt für alle erlebbar beleuchtet und in der auch das UNION-Studio vertreten ist. **lps**

Schüler-Plakate gegen Alkoholmissbrauch gesucht

Kampagne „bunt statt blau“ startet

Kunst gegen Komasaufen: Unter diesem Motto startet die DAK-Gesundheit jetzt offiziell ihre Kampagne „bunt statt blau“ 2021 zur Alkoholprävention in Kaiserslautern. Im zwölften Jahr sucht die Krankenkasse die besten Plakate gegen das Rauschtrinken. Der Hintergrund: Nach neuester Statistik kamen 2018 bundesweit fast 20.500 Kinder und Jugendliche mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus. Das waren zwar fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor, bei den 10- bis 15-Jährigen sind die Fallzahlen allerdings um 8,4 Prozent auf 2.979 Fälle gestiegen. Experten fordern deshalb weiter eine verstärkte Aufklärung über die Risiken des Rauschtrinkens.

Unterstützt wird die mehrfach ausgezeichnete Kampagne für Schülerinnen und Schüler zwischen zwölf und 17 Jahren durch Schirmherr Oberbürgermeister Klaus Weichel. Alle Schüler in Kaiserslautern sind eingeladen, das Thema Alkoholmissbrauch im Unterricht zu behandeln und ihre Schüler bis 30. April Plakate dagegen entwerfen zu lassen. Verbunden mit der Kampagne ist die „Aktion Glasklar“,

die seit 18 Jahren Schüler, Lehrer und Eltern über Alkohol aufklärt.

Sonderpreis auf Instagram
Auch im Jahr 2021 winkt den Schülern, die über die sozialen Netzwerke teilnehmen, ein Instagram-Sonderpreis: Wer ein Bild von seinem Plakat oder ein Video hochlädt, hat die Chance auf ein Preisgeld in Höhe von 300 Euro.

Einsendeschluss am 30. April
Einsendeschluss für den Wettbewerb ist der 30. April. Anschließend werden in allen 16 Bundesländern die besten Siegerplakate ausgezeichnet. Im September wählt eine Bundesjury mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Daniela Ludwig, und DAK-Vorstand Andreas Storm sowie dem Kieler Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung (IFT-Nord) aus den 16 Landessiegern die Bundessieger. **lps**

Weitere Informationen:

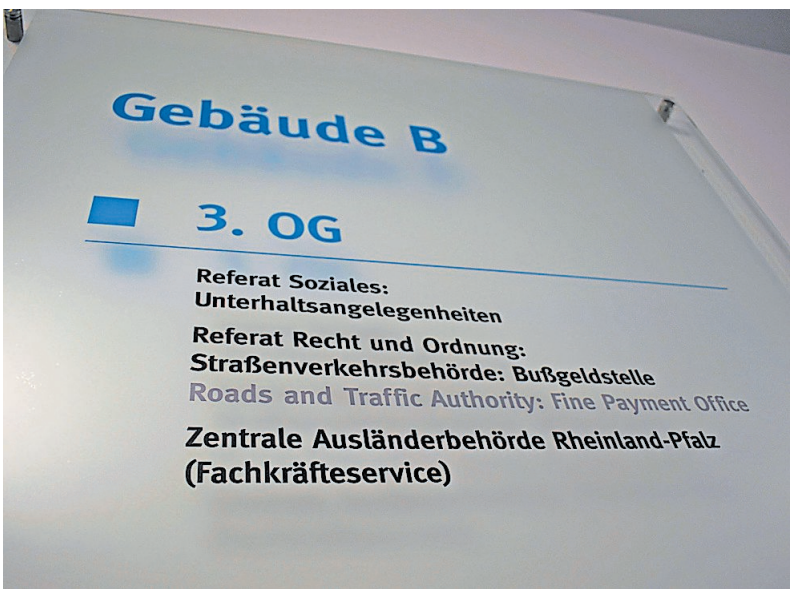
www.dak.de/buntstattblau

Guter Start für Zentrale Ausländerbehörde

Fachkräfteverfahren werden seit 1. Januar landesweit über Kaiserslautern abgewickelt

Was gut ausgebildete Fachkräfte angeht, ergibt sich vielerorts das gleiche Bild. Ob Pflegeeinrichtung oder Dachdeckerbetrieb: Der Arbeitsmarkt ist wie leergefegt, der Bedarf hingegen groß und nur durch ausländische Fachkräfte zu decken. Deren Anwerbung wiederum war ein komplizierter und vor allem langwieriger Prozess. Mit dem seit März 2020 geltenden neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde dieser jedoch erleichtert. Unternehmen haben damit die Möglichkeit, für ihre zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Einreisevoraussetzungen bereits im Inland prüfen zu lassen. Das verkürzt die Dauer der Visa-Verfahren spürbar. Zentral zuständig für all diese Verfahren in Rheinland-Pfalz ist seit 1. Januar die Ausländerbehörde der Stadt Kaiserslautern.

Knapp drei Wochen später können Behördenleiter Andreas Adelmann und Referatsleiter Rainer Wirth von einem erfreulichen Start berichten: „Wir werden stärker frequentiert als angenommen und haben aktuell rund zehn bis 15 Anfragen pro Tag, von Unternehmen aus ganz Rheinland-Pfalz“, erklärt Wirth. Der Schwerpunkt der Anfragen liege jedoch nach wie vor auf Kaiserslautern, wo es viele Unternehmen gebe, die schon seit längerem verstärkt auf ausländische Fachkräfte zurückgreifen, wie etwa das Westpfalzkrankenhaus. „Wir haben da-



Die neue Behörde ist im Rathaus Nord untergebracht

FOTO: PS

durch landesweit sicherlich die größte Erfahrung und genießen einen ausgezeichneten Ruf“, so Wirth. Dies habe auch eine Rolle gespielt bei der Entscheidung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, die Zentralbehörde an die Barbarossastadt zu vergeben. Als zentrale Ausländerbehörde des Landes Rheinland-Pfalz übernimmt man vollumfänglich und stellvertretend für die 36 Ausländerbehörden des Landes die Abwicklung der Verfahren und ist Ansprechpartner für circa 162.000 Unternehmen im Land.

Die Fachkräfte, die in Rheinland-Pfalz arbeiten wollen, kommen vor allem aus Europa, viele aber auch von anderen Kontinenten. Entsprechend groß ist die Bandbreite der Qualifikationen und Unterlagen, die der Behörde zur Prüfung vorgelegt werden. „Wir hatten etwa vor kurzem einen indischen Staatsangehörigen, der als Brandschutzingenieur in Dubai gearbeitet hat“, gibt Andreas Adelmann ein Beispiel. Um die zusätzlichen Aufgaben bewältigen zu können, habe man zunächst fünf Mitarbeiterinnen mit den Aufgaben betraut. Davon wurden zwei Kolleginnen neu eingestellt,

drei Kolleginnen waren bereits bei der Ausländerbehörde tätig. Ein hochengagiertes Team, wie Adelmann berichtet. „Wir haben es bislang zu keiner Sekunde bereut. Zwar ist der Aufwand hoch und wir lernen jeden Tag dazu, doch die Identifikation mit der neuen Aufgabe ist sehr groß!“

Doch worin liegen eigentlich die Aufgaben? „Wir sind im beschleunigten Fachkräfteverfahren für den Arbeitgeber und die Fachkraft der zentrale Ansprechpartner“, erklärt Adelmann. „Wir beraten den Arbeitgeber auch perspektivisch zu Fragen der Einwanderung seiner Fachkraft, schlagen gegebenenfalls Alternativen vor und vermitteln zwischen Arbeitgeber und der für die berufliche Anerkennung zuständigen Stelle, der Bundesagentur für Arbeit oder der Auslandsvertretung.“ Wichtig sei, wie der Behördenleiter betont, sich als Unternehmen so früh wie möglich an die Ausländerbehörde zu wenden. „Am besten schon, wenn man einen potenziellen Mitarbeiter gefunden hat“, so Adelmann. **lps**

Kontakt:

www.kaiserslautern.de/zabrlp
0631 3651390

Die Beratung durch die Ausländerbehörde ist kostenlos. Erst für das eigentliche Verfahren wird eine Gebühr von 411 Euro fällig.

„Kunst bleibt.“

Auftakt einer beeindruckenden Kunstaktion im öffentlichen Raum



Bürgermeisterin Beate Kimmel scannte gleich einen der QR-Codes, die auf den Plakaten im ganzen Stadtgebiet zu finden sind

FOTO: PS

„Mit dieser wunderbaren Plakataktion wird Kunst und Kultur wirkungsvoll in den öffentlichen Raum gebracht. Dies ist grundsätzlich unser Ansinnen, aber in Lockdown-Zeiten ist diese Kampagne besonders wertvoll. Wie auch unsere Livestreams aus der Fruchthalle zeigen die Motive den hohen Stellenwert von Kultur für unsere Stadt, den großen Reichtum und die Vielfalt unserer kulturellen Szene, von den großen Einrichtungen bis zu

den einzelnen freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern der freien Szene“, dankt Kulturdezernentin und Bürgermeisterin Beate Kimmel.

„Kunst und Kultur sind für uns Menschen 'Lebensmittel', die wir für unser Sein, unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft dringend benötigen – und das gerade in all ihrer Vielschichtigkeit, in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen, mit all den innovativen Ideen und Projekten, all den

kreativen und spannenden Künstlern. Die Idee von Thomas Brenner, Kunst und Kultur trotz des Lockdowns lebendig zu halten und sichtbar zu machen und uns damit ein kleines Stück 'Lebensmittel' und Lebensfreude zu geben, wird von uns im Bezirksverband als Träger zahlreicher Kultureinrichtungen in der ganzen Pfalz und Förderer der Freien Kulturszene mit großer Begeisterung und Freude unterstützt. Wir danken Herrn Brenner für dieses wunderbare Projekt und freuen uns auf all die Ideen, auf das kulturelle Leben, das uns in dieser dunklen Zeit von nun an in den Straßen Kaiserslauterns begleitet“, ergänzt Theo Wieder, Vorsitzender des Bezirksrates Pfalz.

„Als Thomas Brenner mich anrief und mir von der Idee zum Projekt 'Kunst bleibt' erzählte, war ich sofort begeistert. Was für eine wunderbare Möglichkeit in dieser Zeit der Einschränkungen, Kunst wieder öffentlich sichtbar zu machen. Auch bei den Mitgliedern der Pfälzischen Sezession kam das Projekt sehr gut an, was die Zahl der Teilnehmer aus diesem Kreis verdeutlicht. Ich freue mich, dass die Stadt Kaiserslautern und alle weiteren Beteiligten dieses Projekt möglich gemacht haben und hoffe, dass wir ähnliche Projekte auch in anderen Städten durchführen können“, so Roger Klink, Geschäftsführer der 3i-IT GmbH und Vorstand der Pfälzischen Sezession. **lps**

Weitere Informationen:

Die Dokumentation der Aktion und sowie die Plakatt motive und aktuellen Infos sind unter <https://www.facebook.com/Kunst-bleibt-106696491410186> zu finden.

Zweite Trinkwasserverbindungsleitung für Siegelbach

Ortsvorsteher Hach und Bürgermeisterin Pfeiffer geben Startschuss

Siegelbach. Am 18. Januar gaben die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Weilerbach, Anja Pfeiffer, und der Siegelbacher Ortsvorsteher Gerd Hach den symbolischen Startschuss für eine zweite Trinkwasserleitung für den Kaiserslauterer Ortsbezirk. Siegelbach wird durch den Wasser-

zweckverband Weihergruppe mit Wasser aus der Gewinnungsanlage in Rodenbach versorgt. Der steigende Trink- und Brauchwasserverbrauch des Stadtteils, insbesondere durch das Neubaugebiet Zwerchäcker, macht es erforderlich, eine zusätzliche Trinkwasserleitung zur bestehen-

den zwischen den Hochbehältern Rodenbach und Siegelbach zu verlegen. Die Planung für die neue Wasserleitung wurde bereits vor vielen Jahren in Angriff genommen. Nach der Einigung mit Wege- und Grundstückseigentümern habe es nun endlich geklappt, freute sich Bürgermeisterin

Pfeiffer. Forciert wurde das rund 430.000 Euro teure Projekt durch Werkleiter Marko Ditttrich, die Verlegung der Leitung erfolgt in Abstimmung mit der Forstverwaltung komplett über Waldwege. Die Arbeiten sollen bis Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein. Der Siegelbacher

Ortsvorsteher und Stellvertretende Verbandsvorsteher Gerd Hach ist dankbar, dass die Arbeiten bald beginnen, sieht er doch durch die zweite Leitung einen bedeutsamen Schritt zur Verbesserung und Sicherung der Wasserversorgung. Es sei nicht nur das Neubaugebiet Zwerchäcker, das

im Frühjahr mit dem dritten und größten Abschnitt seiner V ollendung entgegengehe und dann mit annähernd 200 Wohneinheiten nicht unbeträchtlich zusätzliches Wasser benötige. Auch die Bewohner des Seniorenheimes sorgen für einen Wassermehrbedarf. **lps**